

verfestigter Ungleichheit und Abhängigkeit abzielt. Es geht um die Ausrichtung der Politischen Bildung auf die Befreiung von Individuen und Gruppen, die u.a. auf Grund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität, Klassenzugehörigkeit oder Ethnie diskriminiert und von Selbstbestimmung sowie politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden.

3.6 Kritische Demokratiebildung als Ziel einer Soziopolitischen Bildung

»Während sich die Ideologie bemüht, den Zusammenhang zwischen Demokratie und der gesellschaftlichen Teilung zu verbergen, ist dieser gerade in den Mittelpunkt der politischen Reflexion zu stellen.« (Lefort 1990: 34)

3.6.1 Ein Zeitalter drohender Demokratieentleerung und die Abstinenz Politischer Bildung

Neben dem grundsätzlichen strukturellen Gegensatz zwischen Kapitalismus und Demokratie (spät-)moderner Gesellschaften (vgl. Kap. 3.4.5) konstatieren aktuelle sozialwissenschaftliche Untersuchungen eine zunehmende Gefährdung der Demokratie der Gesellschaften des Globalen Nordens (Przeworski 2020: 102ff.). Diese laufe auf eine »Entdemokratisierung der Demokratie« (Manow 2020) hinaus und bestehe darin, dass autoritäre Führungen demokratische und die Exekutive kontrollierende Institutionen in ihrer Macht schwächen und den Staat durch die Stärkung der Exekutive autoritär transformieren. Vor allem für Ungarn, Polen, Russland und die Türkei werden diese Entwicklungen registriert (ebd.: 15). Zudem wird durch kritische sozialwissenschaftliche Analysen auch für andere EU-Länder eine zunehmende »Demokratieentleerung« (Heitmeyer 2018: 23) im Sinne des liberal-repräsentativen Typs konstatiert. Diese erfolgt allerdings nicht von innen, sondern von außen durch technokratische und nicht-demokratisch legitimierte Institutionen wie die sogenannte Troika (EZB, Europäische Kommission und IWF). Hierbei wird den Ländern entgegen dem Budgetrecht der nationalen Parlamente Austerität autoritär durch internationale Institutionen vorgeschrieben (vgl. Stütze 2014: 14).⁸⁵

Demokratische Gesellschaften sind historisch betrachtet stets mit entdemokratisierenden Kräften *innerhalb* der Gesellschaft konfrontiert (Przeworski 2020: 51ff). Medial, politisch und in der hegemonialen Politischen Bildung wird diese Gefährdung jedoch zu meist lediglich im Sinne der Extremismustheorie (vgl. Kopke/Rensmann 2000) als von den politischen »radikalen« und »extremistischen« Rändern der politischen Rechten und Linken ausgehend dargestellt.⁸⁶ Seit Jahren belegen allerdings ausreichend viele Studien, dass die Demokratie durch vielfältige Entwicklungen gefährdet ist, die über die in

85 Im Zuge der EU-Schuldenkrise votierte die griechische Bevölkerung 2015 in einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit gegen die europäische Austeritätspolitik und wählte eine neue Regierung, die dann allerdings gegen ihre erklärte Absicht und demokratische Prinzipien das Austeritätsdiktat der Troika erfüllen musste (Dörre 2019: 22).

86 So u.a. in Detjen u.a. 2019: 160ff.

der Kritik stehenden Annahmen der Extremismustheorie (vgl. Salzborn 2015b: 98ff.)⁸⁷ hinausgehen. Dies gilt es auch für eine Soziopolitische Bildung zu reflektieren: *Erstens* werden durch die Zunahme der sozialen Ungleichheit die formal gleichen Chancen für alle Bürger_innen unterminiert, an den Angelegenheiten des Gemeinwesens zu partizipieren, da sich immer mehr Menschen aus zentralen Bereichen der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen und aus der politischen Beteiligung zurückziehen (Heitmeyer 2018: 186ff.).⁸⁸ *Zweitens* wird die Demokratie gegenwärtig durch eine radikalisierte politische »Mitte« und die antidemokratische Bundestagspartei AfD bedroht, die bestimmten Bevölkerungsgruppen die gleichen demokratischen Rechte absprechen (ebd.: 231ff.). *Drittens* unterwerfen nicht demokratisch legitimierte internationale Institutionen und Organisationen wie die WTO, EZB und der IWF sowie Akteure der globalen Finanzmärkte (u.a. Rating-Agenturen) mit dem Ziel der Sicherung von Eigentumsrechten (Fischer-Lescano 2014: 175) nationale Regierungen und Parlamente einer Austeritätspolitik (Deppe 2013: 259) und hebeln hierdurch demokratische Prinzipien aus (vgl. Kap. 5.5.6). *Viertens* zeigt sich in vielen OECD-Staaten ein Machtzuwachs der exekutiven Staatsapparate (vgl. Sassen 2005) bei gleichzeitigem Abbau der parlamentarischen Kontroll- und demokratischen Selbstbestimmungsfunktion, also der Befugnisse des Parlaments, der genuin demokratischen Institution bürgerlicher Demokratien (vgl. Kap. 5.5.5).

Dabei kommt all diesen demokratiegefährdenden Entwicklungen dem strukturellen Spannungsverhältnis zwischen *Kapitalismus* und *Demokratie* eine grundlegende Bedeutung zu (vgl. Dörre 2019: 22). Dies ist für eine herrschaftskritische Politische Bildung in demokratischer Absicht zentral. Daher sollte Politische Bildung sich wieder auf den politikwissenschaftlichen Ansatz als »Demokratiewissenschaft« (Bleek 2001: 360) beziehen und sich »nicht mehr (allein) dem Primat der Herrschaftssicherung, sondern in erster Linie gesellschaftlichen Demokratisierungsprozessen verpflichtet fühlen« (Lösch/Eis 2018: 504), damit Demokratie nicht lediglich zur »inhaltsleeren Formel« und zur bloß »formalen Verfahrensweise« (Lösch 2009: 174) degradiert wird.

Die hegemoniale Politische Bildung zeichnet sich hingegen auf Grund ihrer affirmativen Fokussierung auf die liberale, repräsentativ-parlamentarische Form der Demokratie (vgl. Kap. 2.5.1) dadurch aus, dass konstatierte Gefährdungen der Demokratie gar

87 »Extremismus« ist ein Begriff, »den es weder in der Verfassung noch im Verfassungsschutzgesetz gibt. Dies ist kein juristisch fassbarer und schon gar kein verfassungsrechtlicher Begriff, sondern ein reiner politischer Kampfbegriff, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 8. Dezember 2010 ausgeführt hat.« (Grundrechtebericht 2016: 13f.) Unter »Extremismus« versteht »eine Politikwissenschaft, die dem Verfassungsschutz [...] unkritisch gegenübersteht, die rechte oder linke Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.« (Leggewie/Meier 2012: 67) Dabei ist der Begriff »aufgrund seiner fundamentalen analytischen Schwächen und seiner teils unübersehbar politisch motivierten Setzung in den Wissenschaften stets umstritten geblieben. Entstanden als Kategorie behördlicher Aufgabenstrukturierung in den Verfassungsschutzämtern, fungierte er lange als Kampfbegriff des Kalten Krieges (Kopke/Rensmann 2000: 1452). Er zielt auf ein bestimmtes Ideal von Demokratie ab, »konkretisiert auf den Rahmen des bundesdeutschen Verfassungsstaats fixiert« (Rhein 2020: 18). Zur Kritik an der Extremismustheorie in der politischen Bildung vgl. Oppenhäuser 2011.

88 Vgl. Benno Schirrmeyer/Ulrich Schulte: Arm, abgehängt, ohne Stimme, in: *die tageszeitung*, 12.05.2015.

nicht fokussiert werden (können) (vgl. Detjen u.a. 2019: 126ff.).⁸⁹ Die parlamentarische Demokratie wird idealisiert und hierdurch affirmiert, ohne ihre strukturellen Widersprüche im Bezug zur kapitalistischen Vergesellschaftungsweise zu problematisieren. Hierdurch wird die »emanzipatorische Zielsetzung der Befreiung von Herrschaft, von Unterdrückung und Diskriminierung sowie die Möglichkeit der gesellschaftlichen Veränderbarkeit« (Lösch 2009: 174) als Ziel der Politischen Bildung aufgegeben

Eine Soziopolitische Bildung, die sich dem Desiderat der Demokratie weiterhin verpflichtet fühlt, fokussiert hingegen die *strukturellen* Ursachen der Demokratiegefährdung. Dabei gelten die Prinzipien der Moderne (Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung) weiterhin als Richtschnur der Demokratie, wodurch Demokratie nicht lediglich als Regierungsweise, sondern als inhaltliches Prinzip der gesamten Gesellschaft (Abendroth 1975: 32) begriffen wird. Es geht um die gesellschaftliche Ausweitung der Demokratie gegenüber ihrer formalen staatlichen Institutionen.

Generell besteht kein Konsens darüber, wie die dominierende Politikdidaktik suggeriert, welche demokratietheoretischen Modelle und Überlegungen (vgl. Sartori 1992: 94ff.) normativ als Grundlage der Politischen Bildung dienen sollen. Damit herrscht auch keine Übereinkunft bezüglich der Art und Weite der Demokratieentwicklung. Demokratie ist ein

»unvollendetes Prinzip – sie legt weder genau fest, *welche* Gewalten unter uns geteilt sein müssen, damit die Volksherrschaft ausgeübt werden kann, noch *wie* diese Herrschaft organisiert sein muss, noch durch *welche* Institutionen oder zusätzlichen Bedingungen sie ermöglicht oder gesichert wird.« (Brown 2016: 56f.)

Der normative Kern der Demokratie als »Volksherrschaft« ist damit umkämpft (Rosanvallon 2010: 7), wodurch es mannigfaltige Vorstellungen von ihr in der Theorie und Geschichte gibt. Für eine Soziopolitische Bildung heißt dies, Demokratie wieder offen zu theoretisieren, denn Demokratie ist »ein *politischer* Begriff.« (Salomon 2012: 8).

3.6.2 Kritische Demokratiebildung für eine Soziopolitische Bildung

Politische Bildung sollte nicht ausschließlich auf die Eindämmung antidemokratischer Gefährdungen reduziert werden, wenn beispielsweise rechtsextreme Anschläge erfolgt sind, da sie sonst im defensiven Sinne auf die Aufrechterhaltung der *herrschenden* demokratischen Ordnung verkürzt wird (»Feuerwehrfunktion«).⁹⁰ Politische Bildung einem kritischen Verständnis zufolge sollte vielmehr offensiv dazu befähigen, im normativen Sinne über die bloße Akzeptanz des parlamentarisch-demokratischen Systems hin Veränderungs- und Weiterentwicklungspotenziale zu vermehrter demokratischer gesellschaftlicher Teilhabe zu thematisieren. Es geht ihr nicht nur um die Stärkung des »Wirk-

89 Gefährdungen der Demokratie werden in der hegemonialen Politischen Bildung vor allem in autokratischen Ländern konstatiert (u.a. Detjen u.a. 2021: 446ff.).

90 Demnach ist das Demokratieverständnis nur auf Feindkonstruktion ausgerichtet und entsprechend implementiert. Diese Ausrichtung der Politischen Bildung auf Prävention und staatliche Ordnungs- und Sicherheitsfunktion läuft jedoch Gefahr, ein generell positiv gedeutetes Verständnis offener Demokratie zu unterlaufen (Bürgin/Eis 2019).

lichkeitssinns«, sondern auch um den »Möglichkeitssinn« (Negt 2010: 560). Bereits Rolf Schmiederer konstatierte:

»Will Politische Bildung mehr sein als nur eine Bestätigung und Verteidigung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse und will sie sich in den Dienst der Menschen stellen statt in den Dienst von verselbstständigten Institutionen, so muss es ihr Ziel sein, zur *Demokratisierung* der Gesellschaft und zur *Emanzipation* der Menschen beizutragen.« (1972: 38)

An dieses Desiderat anschließend geht eine Soziopolitische Bildung mit dem Ziel der Ausweitung demokratischer Partizipation über das Demokratieverständnis der liberalen Theorie und der hegemonialen Politischen Bildung hinaus, die lediglich auf die institutionelle liberale parlamentarische Demokratie ausgerichtet ist.⁹¹ Politische Bildung hat vielmehr *über* Demokratie zu bilden, was Bettina Lösch als *kritische Demokratiebildung* (2011: 115) bezeichnet. Kritischer Demokratiebildung liegt ein weitgefasstes Politik- und Demokratieverständnis zugrunde, das Politik und Demokratie nicht auf staatliche Instanzen und formale Verfahren beschränkt (Lösch 2009: 182). Sie setzt bei dem grundlegenden Problem an, dass »[ü]ber die Wahlen hinaus [...] das Volk nicht mehr in Erscheinung [tritt]; allein die staatlichen Organe sind stellvertretend für das Volk demokratisch aktiv.« (Demirović 2007: 12) Dabei nimmt sie *erstens* die unterschiedlichen Dimensionen des Verhältnisses von Demokratie und Staat in den Blick und analysiert die historische Entwicklung der demokratischen Verhältnisse unter dem Blickwinkel sozialer Auseinandersetzungen, die überhaupt erst zur Ausweitung demokratischer Partizipation geführt haben (vgl. Canfora 2006).⁹² *Zweitens* fokussiert sie den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Eigentumsordnung als Grundlage der liberalen, repräsentativen parlamentarischen Demokratieform und damit den Widerspruch zwischen Demokratie und Kapitalismus.⁹³ *Drittens* analysiert sie die *theoretische* Begründung der liberalen Demokratie vor dem Hintergrund der eigentumssichernden Funktion der neuzeitlichen Vertragstheorien (vgl. MacPherson 1967). *Viertens* thematisiert sie alternative Demokratie-modelle, die auf eine Ausweitung demokratischer Partizipation gegenüber der repräsen-

91 Zudem weist kritische Demokratiebildung das Demokratieverständnis der Demokratie-Pädagogik (vgl. Kap. 2.5.2) als verkürzt zurück, da es dieser lediglich um die weitgehend affirmative Internalisierung demokratischer Verhaltensmuster beziehungsweise um das Einüben von Werthaltungen im Sinne eines Staatsbürgers und die Beteiligung an den bestehenden Institutionen geht (Lösch 2011: 119).

92 Auch das bestehende Demokratiemodell ist demnach nicht das Ergebnis einer westlichen Erfolgsgeschichte, sondern das Ergebnis der Geschichte des Ein- und Ausschlusses sozialer Gruppen als »ein beständiger Kampf um Berechtigung, also ein Kampf um die Öffnung und Schließung, Ausweitung und Einschränkung sozialer Berechtigungsräume, der auf diversen Schauplätzen stattfindet und sich entlang vielfältiger Konfliktlinien vollzieht.« (Lessenich 2019: 41)

93 Hierbei problematisiert die kritische Demokratietheorie, dass die liberale, formale Konzeption der Demokratie »die tatsächlichen Verhältnisse in den bürgerlichen Herrschaftssystemen [verschleiert]: nämlich die Tatsache, dass einerseits die Regelung der kollektiven Angelegenheiten von der Minderheit der Mächtigen in der ökonomischen Ordnung in Beschlag genommen wird, die von ihren direkten und indirekten Erfüllungsgehilfen umgeben ist, während andererseits die große Mehrzahl, entsprechend der Ausbeutung, die sie im Arbeitsbereich erleidet, jeglicher Macht ent-eignet ist.« (Lefort/Gauchet 1990: 89)

tativen Sphäre des Parlaments, also der Demokratie im liberalen Verständnis, reicht. Es geht um die Einbeziehung von Demokratiemodellen, die den »Übergang von der politischen Demokratie im engen Sinne zur gesellschaftlichen Demokratie« (Bobbio 1988: 51) thematisieren. Hierfür ist vor allem die Theoretisierung der *sozialen Demokratie* grundlegend (vgl. Deppe 2013: 112ff.),⁹⁴ die auf die Ausweitung der Demokratie gegenüber der politischen Sphäre des Parlaments und der politischen Verfahrensordnung – zum Beispiel des Wahlakts – zielt (Abendroth 1975: 32).⁹⁵ Demokratie soll damit »nicht lediglich politische Demokratie, sondern ein Zustand[] der Gesellschaft« (Sartori 1992: 17) sein. Bestimmte Ansätze der Sozialen Demokratie (u.a. Salomon 2017b) gehen davon aus, dass die bürgerlichen *liberalen Demokratien* »halbierte« Demokratien seien, weil das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung lediglich für die Dimension der Politik, nicht aber u.a. für die Wirtschaft gilt.⁹⁶ Soziale Demokratie schließt demgegenüber neben der Ausweitung sozialer Rechte in Erweiterung zu politischen Rechten (Lessenich 2019: 26f.) auch die effektiven Mitbestimmungsmöglichkeiten (industrielle Rechte) durch die demokratische Teilhabe an wirtschaftlichen Entscheidungen im Sinne einer Selbstorganisation der Wirtschaft ein (Naphtali 1968: 24f.). Hieran knüpft das Konzept der *Wirtschaftsdemokratie* (vgl. Demirović 2007) im Anschluss an Fritz Naphtali (1968) an.⁹⁷ Wirtschaftsdemokratie bezeichnet, dass über die »Produktionsmittel nicht mehr von Einzelnen für ihre privaten Zwecke verfügt werden kann.« (ebd.: 22) Sie zielt auf eine systematische Einflussnahme demokratischer Politik auf wirtschaftliche Entscheidungen und private Eigentumsrechte (an Produktionsmitteln), also ins Zentrum der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Gleichheit reduziert sich damit nicht lediglich auf die formale politische Gleichheit, sondern zielt auf die Zugänge zu politischer Beteiligung. Damit wird demokratische Partizipation auch auf weitere gesellschaftliche Bereiche, wie Unternehmen/Betriebe, Schule ausgeweitet.

94 Vgl. Meyer, Thomas: Die Theorie der Sozialen Demokratie, in: <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/06076.pdf> [abgerufen am 12.04.2021]; zur Geschichte der sozialen Demokratie vgl. Salomon 2017b; zur Theorie der sozialen Demokratie vgl. Sartori 1992: 18ff.; Kelsen 2018: 122ff.

95 Auch wenn Konzepte der Sozialen Demokratie vor allem im Umfeld von Gewerkschaften, Parteien und sonstigen Institutionen der organisierten Arbeiterbewegung formuliert wurden, waren nicht alle historischen Konzeptionen sozialer Demokratie auf die Aufhebung des bürgerlichen Privateigentums an den Produktionsmitteln und der mit ihm verbundenen Herrschaftsverhältnisse gerichtet: »Die Forderungen einer über das enge ›politische Feld‹ hinausgehenden *Demokratisierung* der Gesellschaft reichten ideengeschichtlich von einer Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums (schon bei Rousseau) über eine Kontrolle der privaten Verfügungsgewalt über Eigentum bis zur Beseitigung der kapitalistischen Verfügungsweise selbst.« (Salomon 2012: 15)

96 Wolfgang Abendroth hat in seiner Grundgesetzinterpretation herausgearbeitet, dass das Grundgesetz den Weg zur Sozialen Demokratie juristisch ebnen könnte, da in Art. 14 die Möglichkeit der Überführung von Privateigentum in relevanten Wirtschafts- und Produktionsbereichen in Gemeineigentum festgeschrieben ist (vgl. Deppe 2016: 109). Zu Abendroths Verständnis der sozialen Demokratie vgl. Deppe 2013: 112ff.

97 Zur Wirtschaftsdemokratie vgl. Naphtali 1968; Sartori 1992: 19; Demirović 2007.